

Infoblatt 22



حزب کمونیست کارگری ایران
Worker-Communist Party of Iran

www.wpiran.org

wpi_infoblatt@yahoo.de

Herausgeber: Said Asli

23. April 08

Ein Staat, der Arbeiter inhaftiert, gefangen hält und auspeitscht, sollte nicht in der ILO sein!

18. März 2008

An alle Arbeiterorganisationen der ganzen Welt

Die 97. jährliche Konferenz der ILO wird zwischen dem 28. Mai und dem 13. Juni 2008 tagen. Jedes Jahr beherbergt diese Konferenz eine Delegation der Islamischen Republik Iran. Neben der Islamischen Republik erkennt die ILO auch das Haus der Arbeiter und den Rat der islamischen Arbeiter – das heißt, vom Regime geschaffene Organisationen gegen Arbeiter – als Arbeiterorganisationen des Irans an.

Das Internationale Arbeitersolidaritätskomitee der Arbeiterkommunistischen Partei Iran protestiert stark gegen die Teilnahme der Islamischen Republik bei der jährlichen Konferenz der ILO und fordert die Ausschließung dieses Regimes von der ILO.

Leider wurde argumentiert, dass die Anwesenheit der Islamischen Republik und ihres Hauses der Arbeiter bei der jährlichen Konferenz der ILO förderlich ist, um zu sprechen und die Islamische Republik unter den Druck zu setzen, das Mindestmaß an Rechten der Arbeiter anzuerkennen und zu respektieren. Allerdings hat sich diese Methode deutlich als falsch erwie-

sen. Die Islamische Republik fährt damit fort, Arbeiteraktivisten zu inhaftieren und gefangen zu halten. Sie hat keine der grundlegenden Arbeiterrechte wie Freiheit der Vereinigung, kollektive Tarifverhandlungen und das Recht zu streiken anerkannt. Ferner hat sie schamlos das Auspeitschen zu den Techniken der Unterdrückung der Arbeiter zugefügt. Die Arbeiter im Iran sind völlig im Recht, die ILO wegen ihrer andauernden Anerkennung der Islamischen Republik und ihrer Delegationen zu verurteilen.

Allein im letzten Jahr haben Hunderte von Gewerkschaften der ganzen Welt die Freilassung zweier iranischer Arbeiterführer, Mansoor Ossanlou und Mahmoud Salehi, sowie den Respekt vor den Arbeiterrechten im Iran gefordert. Allerdings hat die Islamische Republik diese Forderungen einfach ignoriert. In der Tat, wie viele Menschenrechtsorganisationen berichten, haben die Gräueltaten des iranischen Regimes gegenüber den Arbeitern und allen Schichten des Volkes stark zugenommen. Die fortdauernde Mitgliedschaft des Islamischen Regimes in Organisationen wie der ILO ist somit nicht mehr zu verteidigen.

Unser Komitee schätzt die bezugte Solidarität der Arbeiterparteien weltweit mit den Arbeitern im

Iran sehr. Wir glauben des Weiteren, dass ein entscheidender Schritt in Richtung der Unterstützung der Arbeiter im Iran die Isolierung der Islamischen Republik auf internationaler Ebene und ein Ausschluss, zusammen mit dem Haus der Arbeiter, aus der ILO bedeuten. Ein Staat, der seine Arbeiter inhaftiert, gefangen hält und auspeitscht, sollte nicht in der ILO sein! Wir fordern alle Arbeiterorganisationen weltweit auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um die Islamische Republik aus der ILO auszuschließen.

Internationales Arbeitersolidaritätskomitee der Arbeiterkommunistischen Partei Iran

Shahla Daneshfar, Koordinatorin

Bahram Soroush, Public Relations

Unterstützen den Kampf gegen islamische Republik

Spende Konto „Rosa Mai“

Postbank Köln:

BLZ: 370 100 50
Konto Nr.: 583 657 502

Protestbrief der internationalen Gewerkschaft der Industriearbeiter (IWW)

an die iranische Regierung

Wir verurteilen die Unterdrückung und Verhaftung der Arbeiter/innen in der Reifenfabrik Alborz

Die internationale Solidaritätskommission der internationalen Gewerkschaft der Industriearbeiter, eine unabhängige internationale Arbeitergewerkschaft, ist sehr über die Erschlagung und Verhaftung hunderter protestierender Arbeiter/innen in der Reifenfabrik Alborz am 12. Apr. 2008 in der Nähe von Teheran erbost. Die Arbeiter/innen haben protestiert, weil ihre Löhne seit 5 Monaten nicht ausbezahlt worden war. Als Freilassungsbedingung haben sie den Arbeiter/innen eine Verpflichtungserklärung auferlegt, niemals wieder an den Protestaktionen teilzunehmen. Das ist die absolute Verletzung der fundamentalen Men-

schenrechte bezüglich der Rede- Versammlung- und Demonstrationsfreiheit. Außerdem ist die nicht Ausbezahlung der Löhne, als die Ursache der Proteste, eine beispiellose Ungerechtigkeit und die Verletzung des sowohl internationalen als auch iranischen Rechts.

Wir fragen; warum die staatlichen Ordnungskräfte die Opfer des Verbrechens, nämlich die Arbeiter/innen misshandeln und verhaften und nicht die Täter, nämlich die Unternehmer und die Direktoren, und sogar sie unterstützen?

Die Solidaritätskommission der internationalen Gewerkschaft der Industriearbeiter verurteilt die grausamen Mächenschaften ihrer Regierung und die Verantwortlichen der Reifenfabrik Alborz auf schärfste. Wir solidarisieren uns mit den iranischen Arbeiter/innen und unterstützen ihre Forderungen bezüglich der rechtzeitigen Auszahlung der Löhne.

Wir fordern die iranische Regierung auf, die noch in Haft befindlichen Arbeiter/innen freizulassen und auf die Verpflichtungserklärung als Freilassungsbedingung zu verzichten.

Reifenfabrik Alborz und Co. müssen wegen Gefährdung und Missachtung der fundamentalen Rechte der Arbeiter/innen zur Rechenschaft gezogen werden.

Hochachtungsvoll

Michael Epsa

Kopie gesendet: An die iranische Regierung und Reifenfabrik Alborz

* Übersetzt und veröffentlicht von: internationale Vereinigung zur Unterstützung der Arbeiter/innen im Iran

info@workers-iran.org



Kritischen Islamkonferenz

"Aufklären statt verschleiern!"

Der Islam als politische Herausforderung
31. Mai-1. Juni 2008, Universität Köln

(Giordano Bruno Stiftung, Aktion 3. Welt Saar

Alibri Verlag, denkladen.de

Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstraße 2, Köln-Lindenthal)

Veranstalter: Zentralrat der Ex-Muslime, Redaktion Hintergrund